

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F02
VERSION:	R2.0.9.S01
SENDER:	TEDE5
CUSTOMER:	/
NO_DOC_EXT:	2016-001228
SOFTWARE VERSION:	2.13.5-20160712-1538
ORGANISATION:	subreport Verlag Schawe GmbH
COUNTRY:	DE
PHONE:	+49 221985780
E-mail:	dev@subreport.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

OASE Güstrow GmbH
DE809
Zum Hohen Rad
Güstrow
18273
Deutschland
Kontaktstelle(n): Andreas Brunotte
Telefon: +49 3843-769131
E-Mail: andreas.brunotte@guestrow.de
Fax: +49 3843769510
NUTS-Code: DE809
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.oase-guestrow.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E75824318>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Freizeit, Kultur und Religion

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Generalplanerleistungen (Objektplanung Gebäude und Freianlagen, Fachplanung technische Ausrüstung, Tragwerksplanung)

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71000000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Auftraggeberin betreibt das im Jahr 2000 eröffnete Erholungsbad "Oase". Das Bad umfasst eine Wasser- und Saunawelt von 3500 m².

Auf Grundlage zweier vorbereitender Gutachten (eins zur technischen Gebäudeausrüs-tung und eins zur Bausubstanz) sowie eines Zukunftskonzepts möchte die Auftraggeberin das Bad betriebswirtschaftlich neu ausrichten und baulich modernisieren. Im Gutachten zur technischen Gebäudeausrüs-tung wurden folgende Modernisierungsbereiche identi-fiziert: Heizung/Sanitär, Lüftungstechnik, Elektro- und Beschallungstechnik, Steuerungs-technik und Schwimmbadtechnik. Im Gutachten zur Bausubstanz wurden folgende Mo-dernisierungsbereiche infiziert: Außenwände, Einbauten, Dach, Decken, Gründun-g, In-nenwände. Mit der Planung dieser Modernisierungsmaßnahmen möchte die Auftraggebe-rin einen Generalplaner zunächst mit den Leistungsphasen 1-3 HOAI beauftragen. Die Be-auftragung der Leistungsphasen 4-9 behält sich die Auftraggeberin optional vor.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 615 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71321000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE809

Hauptort der Ausführung:

Güstrow

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Der Auftragnehmer soll mit der Planung der unter Ziffer II. 1.4 dieser Bekanntmachung dargestellten Modernisierungsarbeiten beauftragt werden. Die zu beauftragenden Pla-nungsleistungen umfassen Leistungen aus den Leistungsphasen 1-9 HOAI in folgenden Bereichen:

- Objektplanung Gebäude,
- Planung der Modernisierung der technischen Gebäudeausrüs-tung, dort:
 - 1.Sanitärtechnik Anlagengruppe 1,
 - 2.Heizungstechnik Anlagengruppe 2,
 - 3.lufttechnische Anlagen Anlagengruppe 3,
 - 4.Elektrotechnik Anlagengruppe 4,
 - 5.Beschallungstechnik Anlagengruppe 5,
 - 6.Schwimmbadtechnik Anlagengruppe 7.1,
 - 7.Steuerungstechnik Anlagengruppe 8;
- Tragwerksplanung;
- Freianlagen.

Die Beauftragung der Planungsleistung erfolgt gestuft zunächst nur für die Leistungspha-sen 1-3 HOAI. Eine Beauftragung der Leistungsphasen 4-9 HOAI behält sich die Auftrag-geberin optional vor. Ein Anspruch auf die Beauftragung dieser zusätzli-chen Leistungspha-sen besteht nicht.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 615 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Eine optionale Beauftragung des Auftragnehmers mit Leistungen der Leistungsphasen 4-9 HOAI ist möglich.

Dies könnte zu einer Verlängerung des Vertrages führen.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. In der 1. Stufe prüft die Auftraggeberin die Erfüllung der unter Ziffer 7.1 der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb (siehe Ausschreibungsunterlagen) aufgestellten Mindeststandards hinsichtlich der Eignung der Bewerber.

In der 2. Stufe bestimmt die Auftraggeberin unter den Bewerbern die, die Mindeststandards bzgl. der dargestellten Eignungskriterien erfüllen, diejenigen die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden. Dazu bewertet die Auftraggeberin den von den Bewerbern erreichten Erfüllungsgrad in den einzelnen Kriterien. Die Bewertung erfolgt anhand einer Punkteskala von 1-3 Punkten. Die Punkte bilden dabei die folgende Erfüllungsgrade ab:

- 3 Punkte: Kriterium bestmöglich erfüllt;
- 2 Punkte: Kriterium überdurchschnittlich erfüllt;
- 1 Punkt: Kriterium durchschnittlich erfüllt.

Die Kriterien haben dabei folgende Wichtung bei der Bewertung und folgende Anforderungen müssen für die dargestellten Zielerfüllungsgrade jeweils erfüllt werden:

1. Kriterium: Gesamtumsatz des Unternehmens, in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (Wichtung: 15 %);

- 3 Punkte: Mehr als 2,4 Mio. Euro netto p.a.
- 2 Punkte: Mehr als 1,5 Mio. bis 2,4 Mio. Euro netto p.a.
- 1 Punkt: Mehr als 600.000 Euro bis 1,5 Mio. Euro netto p.a.

2. Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inklusive beruflicher Befähigung (Wichtung: 35 %);

- 3 Punkte: Der Bewerber verfügt über 1) einen bauvorlageberechtigten Bauingenieur oder Architekten, 2) einen Tragwerksplaner, 3) jeweils einen Fachplaner für technische Gebäudeausrüstung für jede der zu beauftragenden technischen Anlagengruppen 1 - 5, 7.1 und 8 nach § 53 Abs. 2 HOAI i. V. m. Anlage 15.2 HOAI. Das vorgenannte Personal muss jeweils eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung aufweisen.
- 2 Punkte: Der Bewerber verfügt über 1) einen bauvorlageberechtigten Bauingenieur oder Architekten, 2) einen Tragwerksplaner, 3) 3-6 Fachplaner für technische Gebäudeausrüstung für die zu beauftragenden technischen Anlagengruppen 1 - 5, 7.1 und 8 nach § 53 Abs. 2 HOAI i. V. m. Anlage 15.2 HOAI. Das vorgenannte Personal muss jeweils eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung aufweisen.

- 1 Punkt: Der Bewerber verfügt über 1) einen bauvorlageberechtigten Bauingenieur oder Architekten, 2) einen Tragwerksplaner, 3) zwei Fachplaner für technische Gebäudeausrüstung für die zu beauftragenden technischen Anlagengruppen 1 - 5, 7.1 und 8 nach § 53 Abs. 2 HOAI i. V. m. Anlage 15.2 HOAI. Das vorgenannte Personal muss jeweils eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung aufweisen.

3. Ausführung von Leistungen in den letzten drei Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (Wichtung: 25 %);

- 3 Punkte: Der Bewerber hat mehr als 4 vergleichbare Referenzen.

- 2 Punkte: Der Bewerber hat 3-4 vergleichbare Referenzen.

- 1 Punkt: Der Bewerber hat 2 vergleichbare Referenzen.

4. Maßnahmen des Bewerbers, zur Gewährleistung der Qualität und seiner Untersuchungsmöglichkeiten (Wichtung: 25 %).

- 3 Punkte: Der Bewerber verfügt über ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem, z. B. nach DIN EN ISO9001, das durch einen Qualitätsmanagementbeauftragten nach einheitlichen und dokumentierten Richtlinien geführt und überwacht wird.

- 2 Punkte: Der Bewerber verfügt über ein hausinternes Qualitätsmanagementsystem, das durch zuständige Stellen des Bewerbers nach einheitlichen und dokumentierten Richtlinien geführt und überwacht wird.

- 1 Punkt: Der Bewerber führt Qualitätsmanagementmaßnahmen im Unternehmen durch, z.B. verbindliche Qualitätsmanagementrichtlinien, und belegt diese durch entsprechende Nachweise.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Optional behält sich die Auftraggeberin die Beauftragung von Planungsleistung der Leistungsphasen 4-9 HOAI vor. Ein Anspruch auf diese optionale Beauftragung besteht nicht.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Eigenerklärung zur Eintragung in das Berufsregister am Sitz bzw. Wohnsitz des Bewerbers. Bewerber, die eingetragen sind im Handelsregister, geben an unter welcher Nummer ihre Eintragung und bei welchem Amtsgericht ihre Eintragung geführt wird. Bewerber, die nicht zur Eintragung verpflichtet sind spezifizieren ihren Status. Die Bewerber bestätigen, dass der jeweils angegebene Eintragungstand ihren aktuellen Status entspricht.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Leistungen sind folgendem Berufsstand im Bereich des europäischen Wirtschafts-raums vorbehalten: Natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ und/oder "Ingenieur" berechtigt sind. Ist/sind in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung(en) gesetzlich nicht gere-gelt, so erfüllt die Anforderungen als Ingenieur bzw. Architekt, wer über ein Diplom, Prü-fungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG gewährleistet ist. Juristische Personen, wenn deren satzungsmässi-ger Geschäftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet ist und der Planungsaufgabe entspricht und wenn der verantwortliche Verfasser der Planung oder der gesetzliche Ver-treter der juristischen Person die an die natürlichen Personengestellten Anforderungen er-füllen. Arbeitsgemeinschaften, bei denen jedes Mitglied die Anforderungen erfüllt, die an die natürlichen oder juristischen Personen gestellt werden.

Einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 Abs. 1 und 2 VgV.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 19/08/2016

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 16/09/2016

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 01/12/2016

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Gegenstand des Auftrags sind von Rügen deutlich zu trennen und ausschließlich an die unter Ziffer I. 3 dieser Bekanntmachung genannte Kontaktstelle zu richten. Fragen und Hinweise sind spätestens zehn Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge an die benannte Kontaktstelle zu richten. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren. Antworten werden allen Bewerbern, welche die Vergabeunterlagen angefordert haben, gleichzeitig in anonymisierter Form zugänglich gemacht. Die Bewerber werden gebeten, bei der Formulierung der Fragen zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14

Schwerin

19053

Deutschland

Telefon: +49 3855885160

Fax: +49 3855884855817

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen besteht eine Antragsfrist von 15 Kalendertagen nach Eingang der Nichtabhilfemitteilung. Es gelten insbesondere die folgenden Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB):

§ 134 GWB Informations- und Wartepflicht (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

(3) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft,

berechtigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lautereren Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach §134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern

Johannes-Stelling-Straße 14

Schwerin

19053

Deutschland

Telefon: +49 3855885160

Fax: +49 3855884855817

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

18/07/2016